

Medienmitteilung vom 1. April 2021

## **Jahr der Weichenstellungen für die Energie- und Klimapolitik**

**Im Vorfeld der Volksabstimmung vom 13. Juni und im Beisein von Bundesrätin Simonetta Sommaruga bekräftigen die kantonalen Energiedirektorinnen und -direktoren ihre Unterstützung für das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Das kommende Jahr bezeichnete EnDK-Präsident Mario Cavigelli als «Jahr der klima- und energiepolitischen Weichenstellungen». Die Kantone seien bereit, insbesondere im Bereich der Gebäudepolitik weiter vorwärtzumachen, damit die Gebäude ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren und auch einen wesentlichen Beitrag zur dezentralen erneuerbaren Stromproduktion mit Photovoltaik und zur Integration der Elektromobilität leisten. Das Netto-Null-Ziel des Bundesrates in der Klimapolitik stelle die Stromversorgung vor grosse Herausforderungen. Insbesondere gelte es dabei, die zentrale und zunehmend wichtige Rolle der Wasserkraft stärker zu berücksichtigen.**

Anlässlich der heutigen EnDK-Plenarversammlung, die per Videokonferenz durchgeführt wurde, haben sich die kantonalen Energiedirektorinnen und -direktoren mit Bundespräsidentin Sommaruga zu aktuellen Entwicklungen in der Energie- und Klimapolitik ausgetauscht, insbesondere auch zur anstehenden Volksabstimmung über das CO-Gesetz. «Das Ja der Kantone zeigt, wie breit abgestützt das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist», sagte Sommaruga. «Neben den Kantonen unterstützen grosse Teile der Wirtschaft, die Umweltverbände oder der Städte- und der Gemeindeverband die Vorlage.» Das CO<sub>2</sub>-Gesetz helfe nicht nur dem Klima, sondern löse auch Aufträge für das einheimische Gewerbe aus und sichere damit Arbeitsplätze in zahlreichen Firmen.

EnDK-Präsident Mario Cavigelli bekräftigte seinerseits, die Kantone würden im Bereich der Gebäudepolitik weiter vorwärtmachen, damit die Gebäude ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren und auch einen wesentlichen Beitrag zur dezentralen erneuerbaren Stromproduktion mit Photovoltaik und zur Integration der Elektromobilität leisten können. Darüber hinaus gelte es weiterhin, die Gebäude energieeffizienter zu machen.

### **Risikoabsicherung für bestehende Wasserkraftwerke**

Cavigelli betonte, das Netto-Null-Ziel des Bundesrates führe zu einer stärkeren Elektrifizierung, was die Stromversorgung in der Schweiz vor zusätzliche Herausforderungen stelle. Zu diesem Schluss kämen auch die Energieperspektiven 2050+, welche BFE-Vertreter der EnDK-Plenarversammlung präsentierten. Insbesondere die Wasserkraft werde weiterhin eine zentrale, sogar zunehmend wichtige Rolle spielen, sagte Cavigelli. Der Erhalt der bestehenden Wasserkraftwerke dürfe von Bundesrat und Parlament nicht vergessen werden. Es brauche im neuen «Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung aus erneuerbaren Energien» eine Risikoabsicherung für Investitionen in bestehende Wasserkraftwerke.

Noch schwieriger sei es für neue Wasserkraftwerke. Der insbesondere für das Winterhalbjahr nötige Zubau sehe sich neben den finanziellen Risiken auch mit zunehmenden Anforderungen im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes konfrontiert. Dieser Zielkonflikt zwischen Klima- und Energiezielen sowie anderen Umweltschutzzielen müsse von der Politik gelöst werden, sagte Cavigelli mit dem Verweis auf den von Bundesrätin Sommaruga initiierten Runden Tisch Wasserkraft, an dem neben den Umweltschutzorganisationen und Branchenvertretern auch die Kantone sitzen.

### **Plan B für das Stromabkommen**

An der Plenarversammlung wurde überdies die zunehmende Unsicherheit wegen des fehlenden Stromabkommens angesprochen. Nicht nur sei die Schweiz von grossen Teilen des EU-Strombinnenmarktes ausgeschlossen, sondern es stellten sich absehbar auch Probleme bei den Grenzkapazitäten, welche die Importfähigkeit der Schweiz gefährdeten. Und dies bei einem zunehmenden Importbedarf aufgrund des Ausstiegs aus der Kernenergie. Das Stromabkommen hänge ja bekanntlich am institutionellen Rahmenabkommen,

sagte Cavigelli. «Wenn sich abzeichnen sollte, dass es mit dem Rahmenabkommen vorläufig nicht weitergeht, braucht es möglichst rasch einen Plan B in Bezug auf das Stromabkommen», so der EnDK Präsident.

Auskunft erteilt:

**Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli**, Präsident der EnDK

Tel: 081 257 36 01 (zu Bürozeiten)

Email: mario.cavigelli@diem.gr.ch (jederzeit; inkl. telefonischer Rückruf, soweit erwünscht)

**Jan Flückiger**, Generalsekretär der EnDK

Tel: 031 320 30 08

Email: jan.flueckiger@endk.ch

**Die EnDK das Energie-Kompetenzzentrum der Kantone**

Die EnDK ist das gemeinsame Energie-Kompetenzzentrum der Kantone. Sie fördert und koordiniert die Zusammenarbeit der Kantone in Energiefragen und vertritt die gemeinsamen Interessen der Kantone. Der EnDK ist die Energiefachstellenkonferenz (EnFK) angegliedert, welche fachtechnische Fragen behandelt. Die EnDK will den Energiebedarf im Gebäudebereich, insbesondere in bestehenden Bauten senken, den verbleibenden Bedarf mittels Abwärme und erneuerbaren Energien decken und eine föderalistische Energiepolitik mit hoher Akzeptanz verfolgen. Die Konferenz wird durch Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli, Vorsteher des Departements für Infrastruktur, Energie und Mobilität und derzeit Regierungspräsident des Kantons Graubünden, präsiert.